

Neue Analyse offenbart die größten Finanziere der globalen Erderhitzung

Attac fordert Verbot für fossile Investitionen / Vanguard und BlackRock größte Finanziere der Klimakrise / Raiffeisen größter EU-Investor in russische Öl- und Gaskonzerne /

Berlin, Wien. Die neue Untersuchung [Investing in Climate Chaos](#) enthüllt die weltweiten Investitionen von mehr als **6.500 institutionellen Investoren** in Aktien und Anleihen von Öl- und Gasproduzenten sowie Unternehmen der Kohleindustrie. Die Gesamthöhe der von Vermögensverwaltern, Banken und Pensionsfonds gehaltenen Anteile belief sich mit Stand Jänner 2023 auf unfassbare **3,07 Billionen US-Dollar**. (1) Die Website ist ein Gemeinschaftsprojekt von der Organisation urgewald und mehr als 20 internationalen NGO-Partner*innen – darunter Attac Österreich.

Zwei Drittel der fossilen Investitionssumme – **2,13 Billionen US-Dollar** – waren in Firmen investiert, die **Öl und Gas** fördern. Im Jahr 2021 produzierten Öl- und Gasunternehmen insgesamt 56,3 Milliarden Barrel Öläquivalente. Bleibt die Produktion auf diesem Niveau, wird das verbleibende CO₂-Budget für die Einhaltung der 1,5°-Grenze schon in 15 Jahren aufgebraucht sein. Umso erschreckender ist es, dass 95 Prozent der 685 Öl- und Gasproduzenten Expansionspläne für neue Öl und Gasfelder verfolgen.

Weitere **1,05 Billionen US-Dollar** fließen Investitionen **im Bereich Kohle**. (2) Trotz des Beschlusses zum Kohleausstieg auf der COP26 in Glasgow bauen diese Konzerne immer noch neue Kohlekraftwerke, Minen oder Kohleinfrastruktur.

„Während die UN immer eindringlicher warnt, dass die Weltgemeinschaft ihre Emissionen bis 2030 halbieren muss, stecken Pensionsfonds, Versicherer, Investmentfonds und Vermögensverwalter immer noch Geld in die schlimmsten Klimasünder der Welt. Wir machen dies publik, damit Kund*innen, Regulierungsbehörden und die Öffentlichkeit diese Investoren zur Verantwortung ziehen können“, sagt Katrin Ganswindt, Energie- und Finanzkampaignerin bei urgewald.

Attac fordert Verbot für fossile Investitionen / Macht des Finanzsektors begrenzen

Die Analyse zeigt, dass „freiwillige Selbstverpflichtungen“ des Finanzsektors in Sachen Klimaschutz völlig unzureichend sind. „Für Investoren zählen letztlich nur kurzfristige Profite und möglichst hohe Dividenden für die Aktionäre“, erklärt Mario Taschwer von Attac Österreich. Doch trotz der im Pariser Klimaabkommen verankerten Forderung, die Finanzströme mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Einklang zu bringen, existiert noch immer keine Regulierung, die fossile Investitionen einschränkt oder verbietet.

Attac fordert daher ein gesetzliches Verbot fossiler Investitionen. „Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Pensionsfonds müssen verpflichtet werden ihre Investitionen in fossile Energie auslaufen zu lassen und letztendlich komplett einzustellen“, erklärt Taschwer. Auch die österreichische Regierung solle sich für entsprechende nationale und europäische Regulierungen einsetzen, anstatt weiter freiwillige Greenwashing-Initiativen wie die österreichische „Green Finance Alliance“ zu unterstützen. (3)

Der politische Einfluss des Finanzsektors – insbesondere die Macht von Raiffeisen (siehe unten) – ist dabei jedoch ein enormes Hindernis. „Wir müssen den Finanzsektor auch im Sinne des Klimaschutzes regulieren, schrumpfen und seine politische Macht begrenzen. Wer Profitinteressen Vorrang vor politischer Regulierung gibt, heizt die Klimakrise weiter an“, erklärt Taschwer.

Zwei Drittel klimaschädlicher Investitionen aus den USA

Auf US-Investoren entfallen mit rund 2 Billionen Dollar knapp zwei Drittel aller Investitionen. „Die USA spielen somit eine Schlüsselrolle bei der Investitionspolitik von Banken und Investoren und beeinflussen damit, wie viel globale Erwärmung uns bevorsteht“, sagt April Merleaux vom Rainforest Action Network in den USA.

Europa ist weltweit die zweitgrößte Quelle fossiler Investitionen. (Detaillierte [Daten](#) für Europa.) Führend dabei ist Großbritannien mit knapp 100 Milliarden US-Dollar. Danach folgen Norwegen (wegen seines staatlichen Pensionsfonds mit 59,6 Milliarden US-Dollar) und die Schweiz (48 Milliarden US-Dollar). Deren größter fossiler Investor, die UBS, hielt bereits vor der Übernahme der Credit Suisse fossile Aktien und Anleihen im Wert von 20,8 Milliarden US-Dollar.

Land / Region	Investitionen in Mio. SD	Anteil gesamte Investitionen in fossile Unternehmen
USA	1.974.642	64%
Europa*	369.460	12%
Kanada	149.237	5%
Japan	125.824	4%

* EU und Nicht-EU-Länder

Vanguard und BlackRock größte Finanziers der Klimakrise

50 Prozent der Investitionen in fossile Unternehmen werden von nur 23 Anlegern gehalten, davon 18 aus den USA. Die weltweit größten fossilen Investoren sind Vanguard (269 Milliarden US-Dollar) und BlackRock (263 Milliarden US-Dollar). Auf sie entfallen rund 17 Prozent aller weltweiten Investitionen in fossile Unternehmen.

Das mit 34 Milliarden US-Dollar größte Einzelinvestment von Vanguard landet bei ExxonMobil – einem Konzern, der mehr als jeder andere eine wirksame Klimapolitik torpediert. ExxonMobil erkundet oder erschließt derzeit neue Öl- und Gasvorkommen in 40 Ländern. Der Vorstandsvorsitzende von Vanguard, Tim Buckley, hat unmissverständlich klargestellt, dass er nicht die Absicht hat, Investitionen in klimaschädliche Geschäftsmodelle einzuschränken.

Die Nummer zwei im Ranking, BlackRock, behauptet von sich führend in Sachen Nachhaltigkeit zu sein, obwohl sich das fossile Portfolio kaum von jenem von Vanguard unterscheidet. Auf die Investments von BlackRock entfallen 66 Prozent der jährlichen weltweiten Kohlenwasserstoffproduktion. Größte fossile Einzelposition ist wiederum ExxonMobil. Besonders absurd: BlackRock schließt zwar seit dem Jahr 2020 Investitionen in Unternehmen aus, die mehr als 25 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Kohlebergbau erzielen, eine entsprechende Regelung für Kohlekraftwerke gibt es aber nicht. Nach wie vor ist BlackRock der weltweit größte Investor in Kohleunternehmen mit Expansionsplänen.

Öffentliche und staatliche Fonds bedrohen künftige Generationen

Die fünf größten Nicht-US-Investoren in fossile Brennstoffe sind die Life Insurance Corporation of India und die öffentlichen Pensions- und Investmentfonds von Japan, Südkorea, Norwegen und Saudi-Arabien. „Obwohl diese öffentlichen Einrichtungen den Auftrag haben, den Wohlstand ihrer Bürger*innen zu sichern, stellen ihre Investitionen eine existenzielle Bedrohung für künftige Generationen dar“, sagt Sooyoun Han von der südkoreanischen Nichtregierungsorganisation Solutions for Our Investments.

	Investor-Gruppe	Hauptsitz	Investitionen in Mio. USD
1	Vanguard	USA	268.887
2	BlackRock	USA	263.345
3	State Street	USA	133.470
4	Capital Group	USA	105.677
5	Public Investment Fund	Saudi-Arabien	92.537
6	Fidelity Investments	USA	82.048
7	JPMorgan Chase	USA	47.863
8	Government Pension Investment Fund	Japan	46.462
9	Berkshire Hathaway	USA	46.267
10	Geode Capital Holdings	USA	44.166
11	Government Pension Fund Global	Norwegen	40.879
12	Wellington Management	USA	36.012
13	T. Rowe Price	USA	34.880
14	TIAA	USA	31.882
15	Franklin Resources	USA	31.624
16	Dimensional Fund Advisors	USA	30.838
17	Morgan Stanley	USA	29.753
18	Life Insurance Corporation of India	Indien	29.540
19	Invesco	USA	28.373
20	Northern Trust	USA	26.446
21	Bank of America	USA	26.323
22	Bank of New York Mellon	USA	26.118
23	National Pension Service	Südkorea	25.900
	GESAMT		1.529.290

Raiffeisen größter EU-Investor in russische Öl- und Gaskonzerne

Laut den [Daten](#) halten österreichische Investoren Aktien und Anleihen von Öl-, Gas und Kohlekonzernen im Wert von 1,25 Milliarden Euro (1,37 Milliarden US-Dollar). Allein auf die Raiffeisen-Gruppe entfallen davon mit über 700 Millionen Euro weit mehr als die Hälfte. Die Erste Bank hält rund 255 Millionen Euro an Anteilen, den Großteil im Öl- und Gassektor.

Vier österreichische Investoren halten zudem Anteile an **russischen fossilen Konzernen** in Höhe von insgesamt 288 Millionen Euro (Stand Jänner 2023). Raiffeisen hat davon mit 278 Millionen Euro den Löwenanteil. Raiffeisen ist zugleich der größte EU-Investor in russische Öl- und Gaskonzerne und liegt diesbezüglich europaweit gleich hinter der Schweizer Pictet-Group auf Platz zwei. Raiffeisen ist zudem jeweils unter den Top 10 der ausländischen Investoren von Lukoil, Novatek und Rosneft. Rund 90 Millionen Euro stecken in Gazprom-Anteilen.

„Indem Banken weiterhin in den Ausbau von Kohle, Öl und Gas investieren, feuern sie die eskalierende Klimakrise an. Auch österreichische Banken unterstützen mit ihren Beteiligungen in Milliardenhöhe diese fossilen Verbrechen massiv. Die Raiffeisenbank finanziert durch ihre beträchtlichen Investitionen in russische Staatskonzerne zusätzlich das kriegstreibende Russland unter Putin mit. Es ist höchste Zeit, dass Banken kompromisslos in Erneuerbare Energien und damit in eine klimagerechte Zukunft für uns alle investieren“, so Jasmin Duregger, Klima- und Energieexpertin bei Greenpeace in Österreich.

Detailinformationen:

- [Excel Tabelle](#) mit Detailinformationen zu allen Investoren und fossilen Unternehmen
- [Excel Tabelle](#) mit Detailinformationen zu europäischen Investoren
- [Excel Tabelle](#) mit Detailinformationen zu österreichischen Investoren

Rückfragen und Kontakt:

Stefanie Jellestad | Pressesprecherin urgewald
+49 (0)30 8632 922 60, stefanie.jellestad@urgewald.org

Katrin Ganswindt | Finanzkampagne zu internationalen Investoren, Leiterin Finanzrecherche
+49 (0)176 324 11130, katrin@urgewald.org

David Walch | Pressesprecher Attac Österreich
+43 (0) 650 544 00 10, presse@attac.at

Annette Stolz | Pressesprecherin Greenpeace in Österreich
+ 43 (0) 664 61 26 725, annette.stolz@greenpeace.org

- (1) Die Recherche zu den investierten Öl- und Gasproduzenten und den Unternehmen entlang der Kohlewertschöpfungskette beruhen auf urgewalds [Global Oil and Gas Exit List](#) (GOGEL) und [Global Coal Exit List](#) (GCEL). Mehrere Unternehmen sind sowohl auf der GCEL als auch auf der GOGEL gelistet. Wegen dieser Überschneidung können die Investitionswerte für GCEL- und GOGEL-Unternehmen nicht aufaddiert werden. Als Quelle dienen die Finanzdatenbanken Refinitiv und EMAXX sowie die eigenen Angaben der Investoren mit Stand Jänner 2023. Einzelne Meldungen können älter sein und sich seitdem geändert haben. Für eine ausführliche Erläuterung der Methodik siehe: <https://investinginclimatechaos.org/methodology>
- (2) Dazu zählen Kohlebergbau, Handel und Transport, Kohleverstromung bis hin zur Konversion von Kohle zu Gas.
- (3) Attac kritisiert in diesem Zusammenhang die „Green Finance Alliance“-Initiative des Klimaschutzministeriums. Diese sieht keinerlei Verpflichtungen, Sanktionen oder gar Strafen in Hinblick auf Investitionen in fossile Unternehmen vor. Attac-Finanzexperte Mario Taschwer dazu: „Statt Greenwashing zu unterstützen sollten die Ressourcen der Ministerien in eine klare Regulierung des Sektors fließen. Das beinhaltet eine klare Kennzeichnung von umweltschädlichen (Finanz)Produkten und ein anschließendes Verbot – inklusive Strafen bei Missachtung. Darüber hinaus muss es Mindestanforderungen an den Anteil der Bankkredite für "grüne" Projekte und verbindliche Obergrenzen für Bankkredite an kohlenstoffintensive Sektoren geben.“

Dieses Medienbriefing wird von folgenden Organisationen mitherausgeben:

Abibinsroma Foundation (Ghana), Action Aid Denmark, Alliance for Empowering Rural Communities, (Ghana), Appui aux Initiatives Communautaires de Conservations de l'Environnement de Development Durable (DR Congo), Attac Österreich, Centre for Environmental Rights (South Africa), Fair Fin (Belgium), Fair Finance Asia, Fair Finance International, Groen Pensioen (Netherlands), Laudato Si' Movement Africa (Kenya), Pakaid (Pakistan), ReCommon (Italy), Reclaim Finance, 350 Japan.